

Liebe Kollegin, lieber Kollege von der Post!
Solltest du diese Zeitung nicht zustellen können, sende sie bitte an den Absender zurück!

Wir FavoritnerInnen

Bezirksblatt der KPÖ-Favoriten mit Simmering-Nachrichten

Februar 2015

Erscheinungsort: Wien
Verlagspostamt: 1100 Wien
Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Impressum:
Eigentümerin, Verlegerin: KPÖ-Wien
1140 Wien, Drechslergasse 42

SYRIZA-Regierung: Die ersten Schritte

Blitzschnell: Die ersten Schritte nach der Regierungssitzung

- Griechische Staatsbürgerschaft für alle Kinder von MigrantenInnen, die in Griechenland geboren und aufgewachsen sind.
- Privatisierungen von Unternehmen, die gewinnbringend sind, werden sofort gestoppt (wie zum Beispiel die des Stromversorgers DEH).
- Privatisierung des Piräus Hafens ist gestoppt.
- Alle Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst werden rückgängig gemacht (z.B. bei Putzfrauen, SchulwächterInnen, LehrerInnen.) Das staatliche Fernsehnetzwerk ERT soll aufgemacht werden.
- Entwaffnung der Polizei auf Demonstrationen und Fußballspielen.
- Heraufsetzung des Mindestlohns auf die Höhe von 751 €, so hoch wie er vor der Krise war (war seither auf rund 400 € abgesenkt worden).
- Priorität des Gesundheitsministeriums: Unversicherte und Bereitstellung von kostengünstiger Medizin.
- Abschaffung des 5-Euro-Beitrags in Krankenhäusern und des 1-Euro-Zuschlages für Rezepte.
- Wiedereinführung der 13. Monatsrente.



Europäische Linkspartei: Für ein Ende der Troika!

Stellungnahme der Partei der Europäischen Linken (EL)

"Zum ersten Mal hat sich, mit den Worten des griechischen Finanzministers Yanis Varoufakis, eine Regierung eines EU-Mitgliedsstaates geweigert, mit der ‚Troika‘ zusammenzuarbeiten. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat gestern geäußert, er wäre zu einer Auflösung der Troika bereit. Das ist eine erste grundlegende Veränderung in Europa, die erreicht werden sollte.

Seit ihrer Einführung hat die Troika fortwährend und auf autoritäre Weise die Austeritätspolitik vorangetrieben. Sie wurde ein Symbol für die Demütigung der Bevölkerungen Griechenlands und Südeuropas und ein Damoklesschwert über anderen europäischen Staaten.

Um der Würde der Menschen einen Platz in Europa wiederzugeben, muss sie (die Troika) tatsächlich abgeschafft werden und der Austeritätspolitik ein Ende gesetzt werden."

Partei der Europäischen Linken, 4.2.2015.

Postprivatisierung:

„Auswirkungen auf Beschäftigte sind verheerend“

Eine Studie des Instituts FORBA hat die Auswirkungen der Postmarktliberalisierung in den EU-Staaten während der letzten 15 Jahre unter die Lupe genommen und wurde von AK und ÖGB Ende 2014 präsentiert. AK-Wien Vorsitzender Rudolf Kaske spricht von einem „ziemlich ernüchterndes Bild von den Auswirkungen der Postmarktliberalisierung“. Der Vorsitzende der Postgewerkschaft Helmut Köstlinger erläutert das näher:

„Die Auswirkungen auf die Beschäftigten sind verheerend. Arbeitsplatz-Abbau, Lohndumping und atypische Beschäftigungsverhältnisse sind Auswirkungen der Liberalisierung. Was die EU-Kommission mit der Liberalisierung ursprünglich wollte, dass es zu einem besseren Service für die Kunden kommt, zu mehr Beschäftigung, mehr Wettbewerb, das ist alles nicht eingetroffen. Fakt ist, dass der Druck auf die Beschäftigten ganz massiv gestiegen und das Lohnniveau gesunken ist. Heute muss in Österreich ein



Briefzusteller doppelt so große Rayone bedienen wie vor der Liberalisierung - bis zu einer Tonne täglich. Im Filialnetz kam es zu einer massiven Schließungswelle bei den Postämtern. Hatten wir vor der Liberalisierung noch über 2000 eigenbetriebene Postfilialen, so stehen wir heute bei lediglich 520. Die als Ersatz eingerichteten Post-Partner bieten nicht das volle Service einer eigenbetriebenen Postfiliale. Das bedeutet für die Kunden weniger Qualität und längere Wege.“

Köstlinger: „Wir kritisieren seit Jahren die Umgehung aller arbeits- und sozialrechtlichen Normen mit Scheinselbständigkeiten. Ein Konkurrent in der Briefzustellung ist die Post-Tochter Feibra. Dort wird fast ausschließlich nach Stückgeld bezahlt. Das bedeutet umgerechnet einen Brutto-Stundenlohn von rund 5 Euro.“

Aus Fehlern Konsequenzen ziehen!

Es geht freilich nicht darum, auf Fehlern von gestern herumzureiten. Es geht darum, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Seit zwei Jahrzehnten beschwört die ÖGB-Führung die „soziale EU“. Seit zwei Jahrzehnten wird über die EU das soziale, antigewerkschaftliche Rollback betrieben – und das mit steigendem Tempo. Jetzt muss daher für GewerkschafterInnen endlich heißen: Hören wir auf, Weihnachtspost nach Brüssel zu schicken, kämpfen wir für den Ausstieg aus diesem asozialen EU-Binnenmarktregime!

Reallohn:

Arbeiter verlieren, Beamte gewinnen

ArbeiterInnen mussten seit 1998 einen Reallohnverlust von 14 Prozent hinnehmen. Im Gegensatz dazu stiegen BeamtInnenneinkommen inflationsbereinigt um 23 Prozent.

Mitten in der Debatte um eine Steuerreform lässt der Rechnungshof mit einem brisanten Bericht über die Entwicklung der Einkommen aufhorchen. Seit 1998 sind die Einkommen der unselbstständig Erwerbstätigen gesunken. Eine Ausnahme bilden jedoch die Beamten.

- * **ArbeiterInnen minus 14%, wobei das unterste Zehntel sage und schreibe ein Minus von 44% aufweist**
- * **AngestelltInnen plus 1%**
- * **BeamtInnen plus 23%**

Die steigende Arbeitslosigkeit führt zur Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse und untergräbt die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften. Die Schwächung der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht, das Absenken von Mindestlöhnen und die Aushöhlung von Kollektivverträgen ist die gängige Praxis der Regierungen und der EU-Kommission. Sehr viele, vor allem ArbeiterInnen, haben massiv verloren. Andererseits gibt es sie tatsächlich, die Profiteure:

Zwischen 1997 und 2012 sind z.B. die realen Dividendenausschüttungen an die Eigentümer der Kapitalgesellschaften um fast 92% gestiegen.

Auf dieses exzessive Anwachsen des Reichtums bei ganz wenigen, geht der Rechnungshofbericht allerdings nicht ein. Es könnte ja bei jenen, die im selben Zeitraum ein Drittel ihrer Kaufkraft und mehr verloren haben, die Erkenntnis reifen, dass Alternativen möglich und notwendig sind.

Das Scheitern der SPÖ

"Fast 600.000 Menschen müssen mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für Wohnen inklusive Heizung und Strom ausgeben" - so ein Ergebnis des jüngsten Sozialberichts, der vom Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO), der Statistik Austria und dem Sozialministerium erstellt wird.

Als "gute Nachricht" betrachtet Sozialminister Rudolf Hundstorfer, dass die Armut - anders als in anderen europäischen Ländern - abnahm. Richtig ist, dass die Quote in Österreich damit von 20,6 Prozent auf 18,8 Prozent fiel - ob dies für jene 1.572.000 Menschen, die armuts- und ausgrenzungsgefährdet sind, ein Trost ist, darf bezweifelt werden.

Traurige Tatsache ist, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter aufgeht. Ein Grund ist in der Lohnpolitik zu suchen, für die der ÖGB hauptverantwortlich ist. Verschärft wird diese Ungleichheit durch eine unfaire Abgabenbelastung: Diese ist auf Arbeitseinkommen wesentlich höher als die Abgabenbelastung auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen, was das permanente Scheitern der SPÖ in diesem zentralen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bereich - trotz Regierungsverantwortung - eindrucksvoll dokumentiert.

Schon fast eine halbe Million Arbeitslose

Bei keiner anderen Gruppe hat sich die Arbeitslosigkeit im Jänner 2015 so stark erhöht wie bei Ausländern. Besonders benachteiligt sind auch ältere Menschen (Generation 50 plus) und Behinderte.

AMS-Chef Johannes Kopf spricht von einer „absolut ernst zu nehmenden Situation“. Denn die Arbeitslosigkeit hat in Österreich im Jänner 2015 einen neuen alarmierenden Wert erreicht. Inklusiv jener Personen, die sich in AMS-Schulungen befinden, waren 472.539 Personen ohne Job. Das ist im Vergleich zum Jänner 2014 ein Plus von 5,1 Prozent. Laut nationaler Berechnungsmethode hat sich die Arbeitslosenquote auf 10,5 Prozent erhöht. Interessant ist hier ein langfristiger Vergleich: Laut AMS-Statistik war nur im Monat Jänner der Jahre 1951, 1953 und 1954 die Lage schlimmer. Die höchste Arbeitslosenrate gab es im Jänner 1954 mit 14,1 Prozent. „Die Presse“ bringt die wichtigsten Fakten zur Arbeitslosenstatistik.

Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass die Arbeitslosigkeit am Bau unterdurchschnittlich anstieg, da der Winterbau gut läuft. Besonders kräftige Anstiege gab es einmal mehr bei Menschen ab 50 Jahren (plus 13,7 Prozent), bei Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft (plus 18,9 Prozent) und bei behinderten Personen (plus 16,3 Prozent). Die Zahl der Langzeitarbeitslosen (über zwölf Monate vorgemerkt) hat sich auf rund 20.200 Personen sogar mehr als verdoppelt.

Auch die Jugendarbeitslosigkeit stieg erneut, 3.328 Jugendliche finden keine Lehrstelle. In Wien kommen auf eine offene Lehrstelle 6,5 Stellensuchende. Insgesamt sind in Wien rund 153.000 Personen als arbeitslos gemeldet oder in Schulungen.

KPÖ-Bundessprecher Mirko Messner:

"Für Menschen ohne Erwerbsarbeit wird die Situation um keine Spur besser, wenn der Herr Sozialminister auf gute Zahlen im EU-Vergleich verweist. Wenn schon verglichen wird, dann ist vor allem eines kennzeichnend: der Abstand Österreichs zur durchschnittlichen prekären Situation am europäischen Arbeitsmarkt schrumpft.

Die Folgen europaweiter Kürzungspolitik machen keinen Bogen um unser Land, sie sind auch von unserer politischen Klasse mitzuverantworten. Alles, was Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner angesichts der zunehmenden Arbeitslosenzahlen einfällt, ist, die ‚Zumutbarkeitsbestimmungen‘ für Erwerbslose zu prüfen – als ob dies mehr Arbeitsplätze schaffen würde.

Hartnäckig geschwiegen wird im Parlament darüber, dass die herrschende EU-Politik dabei ist, nicht nur im Süden Europas zu scheitern, sondern auch in den ökonomischen Zentren des Kontinents. Anstatt aus dem Scheitern der Bankenpolitik und ihren fatalen Folgen für die Ökonomie, anstatt aus der explodierenden Bereicherung an der Spitze der Gesellschaft Konsequenzen zu ziehen im Sinne einer sozialen Umverteilungspolitik, anstatt die Erwerbslosigkeit zu bekämpfen, sollen die Erwerbslosen bekämpft werden.

Es ist Zeit für einen Wechsel in der Politik auch in Österreich. Und das wird es nur geben mit einer linken Opposition auch im Parlament."

Frauen verdienen deutlich weniger als Männer

Der Einkommensbericht 2014 weist zum Teil deutliche Unterschiede aus. Nicht nur Teilzeitarbeitsverhältnisse sind dafür die Ursache.

Der Einkommensbericht 2014 des Rechnungshofs weist aus, dass Frauen nach wie vor weniger als Männer verdienen, in den meisten Bereichen sogar deutlich weniger. 2013 betrug das mittlere Einkommen der Frauen 61 Prozent des mittleren Männereinkommens. Lehrlinge wurden dabei nicht berücksichtigt Ursache dafür waren in erster Linie die Einkommensunterschiede in der Privatwirtschaft.

In diesem Sektor beträgt das Durchschnittseinkommen der weiblichen Angestellten mit 51 Prozent nur knapp die Hälfte von dem der Männer. Bei den Arbeiterinnen sind es mit 43 Prozent noch etwas weniger. Ein Teil der Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern kann mit Teilzeitarbeit begründet werden. Aber auch bei einem Vergleich der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten in der Privatwirtschaft klafft weiter eine große Lücke. Demnach verdienen weibliche Angestellte nur zwei Drittel von dem, was ihre männlichen Kollegen erhalten, die ArbeiterInnen liegen mit 69 Prozent knapp darüber.

Unterschied zwischen "arm und reich" wächst

Die Kluft zwischen Gut- und Schlechtverdienern wächst, so die zweite Diagnose des Rechnungshofs: Die niedrigen Einkommen fielen "sehr stark ab", die

hohen stiegen, wenn auch "real nur leicht". Inflationsbereinigt beträgt der Wert überhaupt nur mehr 65 Prozent von 1998.

Bei den obersten zehn Prozent gab es dagegen eine Bewegung nach oben: Um 39,31 Prozent von 42.590 Euro auf 59.334 Euro stieg der Schwellenwert. Inflationsbereinigt stieg der Wert auf 102 Prozent von 1998.

Treue zahlt sich aus

Im Einkommensbericht tritt auch klar zu Tage, dass die Einkommenshöhe stark mit der Dauer der Betriebszugehörigkeit zusammenhängt. Demnach steigt das Bruttojahreseinkommen mit zunehmender Dauer der Betriebszugehörigkeit und gleichzeitig nimmt der Einkommensnachteil der Frauen tendenziell ab.

Unabhängig vom Geschlecht weisen mit zunehmender Dauer der Betriebszugehörigkeit Angestellte den höchsten und ArbeiterInnen den niedrigsten Einkommenszuwachs auf. Während ganzjährig vollzeiterwerbstätige Angestellte mit mehr als 20 Jahren Betriebszugehörigkeit ein fast doppelt so hohes Einkommen aufweisen wie Angestellte, die höchstens ein Jahr im Betrieb sind, so ist das Einkommen der ArbeiterInnen beim Vergleich desselben Zeitraums nur um knapp die Hälfte höher.

Ernst Kirchweger

Im März dieses Jahres jährt sich nicht nur der Einmarsch der Nazitruppen 1938, die Österreich in eine faschistische "Ostmark" umwandelten, sondern auch

zum 70. Mal der Beginn der Befreiung Wiens und in der Folge ganz Österreichs. Ein Datum, das in der Öffentlichkeit weniger bekannt ist, ist jene antifaschistische Demonstration am 31. März 1965 bei der der 67jährige Favoritner



Kommunist und Widerstandskämpfer Ernst Kirchweger von einem jungen Neonazischläger niedergeschlagen und so schwer verletzt wurde, daß er zwei Tage später starb. Kirchweger wurde das erste Opfer neofaschistischer, rechtsextremistischer Gewalt in der Zweiten Republik. Der Tod Ernst Kirchwegers jährt sich heuer zum 50. Mal.

Die Demonstration, bei der Kirchweger den Tod fand, richtete sich gegen den rechtsextremen, deutschnationalen Ex-Nazi-Professor Taras Borodajkewycz, der auf der damaligen Hochschule für Welthandel antisemitische, antiösterreichische Propaganda betrieb. 1962 wurden diese Umtriebe öffentlich, nachdem der damalige Student und spätere Minister Ferdinand Lacina die Mitschrift dieser "Vorlesungen" zugänglich machte und der heutige Bundespräsident Heinz Fischer diese in einem Zeitungsartikel veröffentlichte. Anfang 1965 gab es parlamentarische Anfragen, die die Entfernung des "Professors" verlangten. Einer größ-

Wie weiter mit Wienerfeld West?

Die MieterInnen der traditionsreiche Siedlung sind seit Jahren verunsichert. Einmal ist von Abriss die Rede, dann wieder von Sanierung. Nun berichtet ein Bezirksblatt, daß nach Prüfung der Kosten einer substanzerhaltenden Sanierung für die sowieso nur kleinen Wohnungen diese monatliche Mieten von über 900.- Euro über zehn Jahre bedeuten würde. Diese finanzielle Mehrbelastung sei aus Sicht von Wiener Wohnen sozial nicht vertretbar. Gut so. Aber was sind die Alternativen? Abriss?

Möglicherweise will die Gemeinde nur über die kommende Gemeinderatswahl hinwegturnen. Sicherheit für die MieterInnen herzustellen ist also jetzt notwendig. Die ganze Misere hängt am §18 Mietrechtsgesetz, das die Sanierungskosten ausschließlich auf die MieterInnen abwälzt. Die Gemeinde müßte sich allerdings nicht daran halten und könnte einen Teil übernehmen, so dass das Ganze sozial verträglich wird. Doch sie fürchtet offenbar die Beispielswirkung und überhaupt, daß der Druck, den sozialen kommunalen Wohnbau wieder aufzunehmen, steigen könnte.

ßen Öffentlichkeit wurden die Provokationen Borodajkewycz bekannt, nachdem das Kabarettisten-Duo Bronner/Wehle in der Fernsehsendung "Zeitventil" die Sprüche Borodajkewycz' in Form eines fiktiven Interviews veröffentlichte. Daraufhin kam es zu Demonstrationen, darunter zu der schon erwähnten am 31. März, an der etwa 5000 AntifaschistInnen teilnahmen.

Das Begräbnis Ernst Kirchwegers gestaltete sich zur größten antifaschistischen Manifestation der Zweiten Republik. Neben der Führung der KPÖ beteiligten sich die SPÖ-Minister der damaligen Koalitionsregierung, einige hohe ÖVP-Funktionäre und 20.000 Menschen an einem Trauermarsch über den Ring.

Der Neonazischläger Gunther Kümel erhielt wegen "Notwehrüberschreitung" eine zehnmonatige Kerkerstrafe, die mit der Untersuchungshaft verbüßt war. Das Gericht meinte, der Tote sei auch selbst schuld an seinem Tod.

Die endgültige Entfernung Borodajkewycz' dauerte bis 1967. Der damalige ÖVP-Unterrichtsminister Piffil-Percevic weigerte sich diesen zu entfernen, obwohl er die verfassungsmäßige Kompetenz dazu hatte. Und die Freunde Borodajkewycz' im Lehrkörper der Hochschule für Welthandel verschanzten sich hinter der Hochschulautonomie.

Die KPÖ-Favoriten wird im Rahmen ihrer Februarfeyer in ihrem Bezirkslokal Herzgasse 86-90 am **Samstag 21. Februar um 15 Uhr** dieser Ereignisse, die einen Markstein in der Geschichte der Zweiten Republik bilden, gedenken.

Am 26. März, 17 Uhr, führt die KPÖ-Favoriten eine Kungebung bei der Gedenktafel für Ernst Kirchweger am Haus Sonnwendgasse 24 durch.

Diese Gedenktafel wurde 1988 von der Gemeinde Wien errichtet und vom damaligen Wiener Finanzstadtrat Edlinger, der damaligen Wiener KPÖ-Vorsitzenden Stiefsohn und dem damaligen KPÖ-Bezirksrat Graber enthüllt.

